

Keine Aufhebung der Rezeptpflicht für die „Pille danach“

Beschluss des Deutschlandtages vom 15. bis 17. November 2013 in Erfurt

Die Junge Union spricht sich gegen die Aufhebung der Rezeptpflicht für die „Pille danach“ aus. Die Bundesregierung wird aufgefordert einer entsprechenden Verordnung des Bundesrates nicht zuzustimmen und keine anderweitigen derartigen Initiativen zu unterstützen. Die CDU-Bundestagsabgeordneten und Mitglieder der Verhandlungsgruppen der aktuellen Koalitionsverhandlungen werden aufgefordert sich gegen diese Verordnung zu engagieren.

Die Bundesgeschäftsstelle der JU Deutschlands versendet bis Ende November diesen Antrag mit beiliegender Begründung via E-Mail und postalisch an die Bundestagsabgeordneten und Mitglieder der Verhandlungsgruppen mit der Bitte um Unterstützung.